

MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG DES BAYERISCHEN LANDTAGS

GESUNDHEITSAUSSCHUSS | Gesundheitsminister Holetschek verteidigt Aussetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht

Versorgungssicherheit geht vor

Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) hat den Gesundheitsausschuss über die Beschlüsse der Staatsregierung zur weiteren Lockerung der Corona-Schutzmaßnahmen informiert. Er nannte diese einen „weiteren Schritt in Richtung Normalität“. Es gebe zwar wegen der ansteckenderen Omikron-Variante des Coronavirus weiterhin fast täglich neue Rekordwerte bei den Infektionszahlen in Bayern, dafür sei aber eine Entspannung der Lage in den Krankenhäusern erkennbar. „Wir erleben eine Abkopplung der Inzidenz von der Hospitalisierung“, erklärte Holetschek. So liege die Belegung der Intensivstationen aktuell nur noch bei einem Drittel des Höchstwerts von Anfang Januar bei einer dreimal höheren Inzidenz als auf der Spitze der Delta-Welle.

Lockerungen in Gastro, Kultur und beim Friseur

Wie Holetschek berichtete, hob der Ministerrat in der Gastronomie die bislang geltende Sperrstunde um 22 Uhr auf. In Bädern, Thermen und Saunen brauchen Geimpfte und Genesene nun keine zusätzlichen Tests mehr, es gilt dort jetzt 2G. Dafür dürfen Ungeimpfte mit negativem Test (3G) künftig wieder körpernahe Dienstleistungen in Anspruch nehmen, so beim



Die Prüfung von ungeimpften Pflegekräften sei nicht zu stemmen, sagte Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU). FOTO: DPA/HOPPE

Friseur oder der Fußpflege. Alle Seilbahnen können zu 75 Prozent ausgelastet werden.

Deutliche Erleichterungen gibt es auch im Bereich Sport und Kultur. Hier wird die Abgrenzung zwischen regionalen und überregionalen Veranstaltungen aufgehoben. Bei Sport-Events dürfen 50 Prozent der maximal zur Verfügung stehenden Sitz- und Stehplätze ausgelastet werden, in der



Der Staatsregierung fehlen „machbare Vollzugsregeln“, um die Impfpflicht für Pflegeberufe umzusetzen.

FOTO: DPA/CHRISTOPH SOEDER

Kultur – inklusive der Kinos – 75 Prozent. Die Einhaltung der Mindestabstände wird nur noch empfohlen, aber nicht mehr vorgeschrieben. Die absolute Personenobergrenze wird auf 15 000 angehoben. Bestehende 2G- und 2G-plus-Regeln bleiben aber genauso wie die FFP2-Maskenpflicht erhalten. Bei Messen wird die tägliche Besucherzahl auf maximal 25 000 verdoppelt. Holetschek sprach von „vorsichtigen Öffnungsschritten“ unter der Maßgabe, dass die Lage in den Krankenhäusern stabil bleibe.

Energisch verteidigte Holetschek die Entscheidung des Ministerrats zur vorläufigen Aussetzung der Impfpflicht für medizinische und pflegerische Berufe in Bayern. Diese sollte auf Basis eines mit großer Mehrheit vom Bundestag beschlossenen Gesetzes ab dem 15. März greifen. „Es fehlen uns machbare Vollzugsregeln, die die Versorgungssicherheit nicht gefährden“, sagte Holetschek zur Begründung. Die Prü-

fung jedes Einzelfalls sowie die mitunter erforderliche Anordnung von Betretungsverboten für ungeimpfte Pflegekräfte sei von den ohnehin an der Belastungsgrenze arbeitenden Gesundheitsämtern nicht zu stemmen.

Träger von Einrichtung sowie kommunal Verantwortliche hätten zudem vor einer Gefährdung der Versorgung gewarnt, sollten impfunwillige Beschäftigte ihren Job kündigen. Vor diesem Hintergrund wolle man nicht offenen Auges in eine prekäre Situation laufen, erklärte Holetschek. Die Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht sei auch nur sinnvoll, wenn ihr zeitnah die allgemeine folgen würde. Dies sei aber wegen der anhaltenden Debatte auf Bundesebene nicht absehbar. Für das pflegerische und medizinische Personal müsse aber klar sein, dass es „kein Sonderopfer erbringen“ müsse. So empfänden das die Betroffenen. Gleichzeitig betonte Holetschek, dass das Aussetzen der Impfpflicht nur

für bereits in Pflegeberufen Beschäftigte gelte. Wer ab dem 15. März neu eingestellt werden wolle, müsse vollständig geimpft sein. Hierfür seien die Regeln eindeutig und ohne großen Verwaltungsaufwand umsetzbar.

Grüne: „Unglaublich schlechtes Signal“

Bei der Opposition stieß die angekündigte Aussetzung auf Kritik. Kerstin Celina (Grüne) sprach von einem „unglaublich schlechten Signal“, das der ohnehin schleppend laufenden Impfkampagne noch mehr schade. Ruth Waldmann (SPD) zeigte sich irritiert von Holetscheks Warnung vor einem „Sonderopfer“. Dies erzeuge einen völlig falschen Eindruck von der Impfung. „Man muss nicht die Menschen vor einer Impfung schützen, die Impfung schützt Menschen“, hob Waldmann hervor. Deshalb dürfe

die einrichtungsbezogene Impfpflicht nicht auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden.

Auch Dominik Spitzer (FDP) mahnte, wer die allgemeine Impfpflicht wolle, dürfe nicht bereits bei den ersten kleinen Widerständen einknicken. Er forderte Holetschek zudem auf, die aktuellen Unschärfen in den Corona-Statistiken zu beseitigen. Diese seien schließlich Grundlage für politische Entscheidungen. Als Beispiele nannte Spitzer die ungeklärte Frage nach den mit und den wegen Corona in die Krankenhäuser eingelieferten Personen sowie den in Bayern nicht ausgewiesenen Anteil ungeimpfter Patient*innen in den Kliniken. Beate Merk (CSU) und Susann Enders (Freie Wähler) wiesen die Kritik der Opposition zurück. Sie betonten, dass es zur Glaubwürdigkeit der Politik gehöre, auf neue Entwicklungen und sich abzeichnende Umsetzungsprobleme zu reagieren.

> JÜRGEN UMLAUFT

HAUSHALTSVORSCHLÄGE

CSU und FW setzen Akzente in der Forschung

Die Regierungsfractionen von CSU und Freien Wählern wollen im Staatshaushalt für 2022 mit insgesamt 60 Millionen Euro eigene Akzente setzen. Besonders unterstützt wird nach den Plänen der Koalitionäre mit zusätzlich 20 Millionen Euro die Wissenschaft mit zahlreichen Forschungsprojekten, beispielsweise im Bereich Long Covid und erneuerbare Energien. Zwölf Millionen Euro sind für den besonders von den Corona-Einschränkungen betroffenen Bereich Kunst und Kultur vorgesehen. Weiterer Schwerpunkt ist der ländliche Raum mit zusätzlichen zehn Millionen Euro, davon allein 5,5 Millionen als Aufstockung der Mittel für die Dorferneuerung.

CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer erklärte, mit den Fraktionsinitiativen würden neben einzelnen thematischen Schwerpunkten vor allem „kleine, aber örtlich wichtige Dinge“ unterstützt. Insgesamt führt die Liste mehr als 100 Einzelposten mit Fördersummen von 10 000 bis 2,5 Millionen Euro auf. Kreuzers Amtskollege von den Freien Wählern, Florian Streibl, sagte, mit den Vorschlägen werde eine Feinjustierung der Haushaltsvorlage der bayerischen Staatsregierung vorgenommen. Der Haushalt 2022 soll Anfang April vom Bayerischen Landtag verabschiedet werden. Der Entwurf der Staatsregierung sieht Gesamtausgaben von rund 71 Milliarden Euro vor.

Hohe Einzelbeträge sehen die Fraktionsvorschläge für die Anschaffung eines Hochleistungslasers an der Universität München mit 2,5 Millionen Euro sowie die weitere Finanzierung des Studiengangs Autonomes Fahren am Kronacher Lucas-Cranach-Campus mit 1,5 Millionen Euro vor. Im Sozialbereich sind 1,6 Millionen Euro für das Projekt „Pflege-SoNah“ und 1,3 Millionen Euro zur Unterstützung hörgeschädigter Menschen vorgesehen. Mit einer Million Euro wird der reguläre Ansatz für die Denkmalschutzförderung aufgestockt.

Mehr Geld erhalten auch mehrere Kunst- und Kulturprojekte, die bayerischen Programm-Kinos sowie Umweltbildungsprojekte.

> JUM